

# Bern

## Die progressive Hochburg der Schweiz

### Inhalt

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1 Digitale City-ID

3.2 HEKS-Beratungsstelle MosaiQ

4. Interessenvertretung und Vernetzung

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

# 1. Zusammenfassung & Erkenntnisse

## Wichtigste Erkenntnisse

# 1

Eine positive Einstellung gegenüber Migrant:innen und anti-rassistischen Initiativen innerhalb der Berner Verwaltung trägt zu einer starken Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Zivilgesellschaft bei.

# 2

Dass die Stadt die Bedeutung der lokalen Zivilgesellschaft anerkennt, spiegelt sich im “Integrationspreis” und im “Sozialpreis” wider, mit denen die Stadt ihre Wertschätzung für diese Arbeit zum Ausdruck bringt.

## Was ist das Besondere an der Stadt?

**Eine besondere Rolle innerhalb der Schweiz:** Das links regierte Bern setzt sich seit 2015 öffentlich intensiv für die Aufnahme von Geflüchteten ein. Da Bern, wie die meisten Hauptstädte, eine besondere Rolle im nationalen politischen Gefüge spielt, ist sie ein wichtiges Vorbild für die insgesamt sehr konservative Schweiz. Die Stadtregierung hat sich gegenüber dem Bund wiederholt für die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen.

## Wo liegen die Schwerpunkte der lokalen Migrationspolitik?

**Die Gestaltung der lokalen Aufnahmepolitik:** Im Vergleich zu anderen Schweizer Großstädten wie Zürich, Basel oder Genf zeichnet sich die Stadt Bern dadurch aus, dass sie über ein eigenes kommunales Migrationsamt verfügt. Dies kompensiert teilweise die fehlende Zuständigkeit für das Migrationsrecht, das in der Schweiz auf nationaler Ebene angesiedelt ist, und führt zu einem größeren Handlungsspielraum der lokalen Behörden in Bezug auf die Aufnahmepraxis. Die Kombination aus einer linken Regierung und einer gut entwickelten Zivilgesellschaft hat in Bern eine ganze Infrastruktur von antirassistischen Projekten entstehen lassen. Diese versuchen, die Integration von Neuankömmlingen mit und ohne Papiere zu erleichtern.

## Was sind die größten Erfolge?

**Der digitale Stadtausweis:** Die geplante Einführung eines schweizweiten digitalen Stadtausweises, der die Stadtbürgerschaft für die lokale Gemeinschaft der Sans-Papiers erleichtert, wäre eine Pionierleistung. Sie würde den Zugang zu zahlreichen lokalen Dienstleistungen für Menschen ohne Papiere verbessern und könnte eine positive Dynamik erzeugen, die zu mehr Anerkennung und besseren Lebensbedingungen führt. Außerdem hat Bern 2017 als eine der ersten Schweizer Gemein-

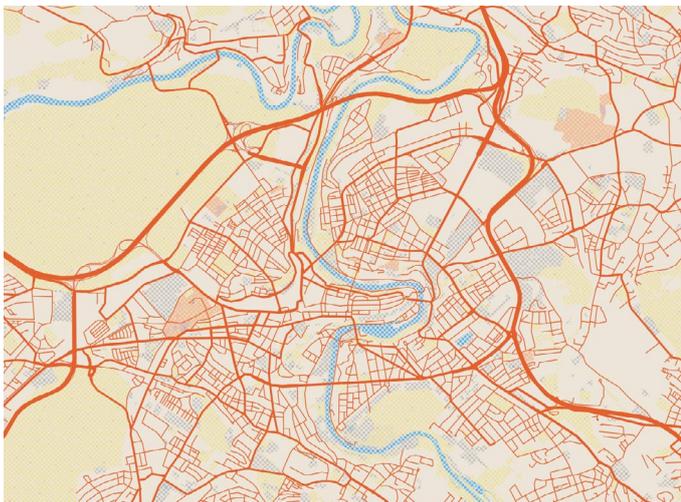
den zusammen mit der evangelischen Kirche eine Beratungsstelle eingerichtet, die Migrant:innen auf dem Weg in eine ihren Qualifikationen entsprechende Beschäftigung unterstützt.

### Politische Arbeit über die städtische Ebene hinaus?

Lokale Netzwerke wie “Wir sind alle Bern” oder das “Netzwerk Migrantensolidarität” sowie linke Lokalpolitiker:innen haben dafür gesorgt, dass sich Bern auf institutioneller Ebene gemeinsam mit anderen Schweizer Städten verstärkt für die direkte Aufnahme von Geflüchteten einsetzt. Im November 2020 verabschiedete das Stadtparlament eine Resolution: Die Stadt Bern solle nicht 20, sondern 500 Flüchtlinge aus Moria aufnehmen, denn 20 seien viel zu wenig für die Hauptstadt des reichen Landes wie der Schweiz. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und Stadträtin Franziska Teuscher sagte im Rat, Bern wolle sich beim Bund weiterhin für die sofortige Aufnahme von zusätzlichen Geflüchteten einsetzen. Dafür setze sich die Stadt Bern zusammen mit neun weiteren Großstädten ein.

**“20 Personen aus Moria unterzubringen, ist viel zu wenig für die Hauptstadt des reichen Landes Schweiz. Bern könnte problemlos 500 Personen finanziell versorgen, und die Unterbringung wäre kurzfristig machbar.”**

“Motion der Grün-Alternativen Partei (GaP), der Partei der Arbeit (PdA) und der Alternativen Linken (AL) im Stadtparlament von Bern, November 2020



#### Bevölkerung

143.222

#### Lage

Hauptstadt der Schweiz und  
des Kantons Bern

#### Bürgermeister:in

Alec von Graffenried  
(Grüne Freie Liste)

## 2. Lokaler Hintergrund und Kontext

*Im Vergleich zu anderen Schweizer Großstädten wie Zürich, Basel oder Genf zeichnet sich die Stadt Bern durch ein eigenes städtisches Migrationsamt aus. Eine aufgeschlossene Stadtverwaltung und ein aktives Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Organisationen sind die Hauptfaktoren für eine fortschrittliche Politik wie die geplante digitale City-ID.*

Im Vergleich zu den meisten anderen Schweizer Gemeinden hat Bern einen großen Vorteil bei der Gestaltung einer fortschrittlichen Migrationspolitik: Es verfügt über ein kommunales Migrationsamt (“Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei”, EMF). Der Name ist etwas verwirrend, weil die Gemeindepolizei 2011 mit der Kantonspolizei zusammengelegt wurde. Trotzdem blieb die Zuständigkeit für die Migration bei der Stadt – im Gegensatz zu anderen Schweizer Kantonen. Das macht einen wichtigen politischen Unterschied, denn die Mehrheit der Vertreter:innen im Kantonsrat gehört weniger fortschrittlichen Parteien an als im Berner Stadtrat. Gleichzeitig hat die Verwaltungsreform, die mit der Auslagerung der Stadtpolizei einherging, dazu geführt, dass die Stadt sich nur innerhalb klarer Grenzen für undokumentierte Migrant:innen einsetzen kann.

## **Fortschrittliche Verwaltung**

Die Berner Verwaltung und die Zivilgesellschaft im weiteren Sinne haben eine positive Einstellung gegenüber Migrant:innen. Zwei Zitate mögen dies verdeutlichen: “Wer hier lebt, hier arbeitet, hier Freundschaften pflegt und hier seine Kinder groß zieht, soll dieses ‘hier’ auch mitgestalten können”, sagt Gemeinderätin Franziska Teuscher. Susanne Rebsamen, Leiterin der städtischen “Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen”, sagt, die Anerkennung aller in Bern lebenden Menschen als Berner:innen wäre eine Anpassung an die heutige postmigrantische Realität in der Stadt:

**“Wer hier ist, gehört hierher. Man sollte keine Kategorien von ‘wir’ und ‘sie’, von ‘fremd’ und ‘anders’ schaffen: Es geht um diejenigen, die hier sind. Das entspricht der Realität.”**

## **Schwierige Umstände für undokumentierte Migrant:innen**

Gegenwärtig ist der einzige legale Weg, um den Aufenthalt von Migrant:innen ohne Papiere zu legalisieren, ein “Härtefallantrag”. Dieser wird in der Regel von den kantonalen Behörden geprüft und dann an das Staatssekretariat für Migration (SEM), eine Bundesbehörde, zur endgültigen Entscheidung weitergeleitet. Das SEM folgt in den meisten Fällen den Empfehlungen der regionalen Behörden. In Bern ist dies das Migrationsamt “Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei” (EMF).

Die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers betont, dass es eine etablierte Zusammenarbeit mit dem EMF gibt. Die Zusammenarbeit habe bisher gut funktioniert und ermögliche eine pragmatische Praxis, so die Soziologin und Migrationsforscherin Sarah Schilliger von der Universität Bern.

Härtefallgesuche werden in Bern schneller und effizienter bearbeitet als in anderen Städten. Bei schulpflichtigen Kindern mit irregulärem Sta-

tus wird unter anderem geprüft, ob eine Aufenthaltsbewilligung für die Dauer der Ausbildung erteilt werden kann und ob den Eltern über ein Härtefallgesuch der Aufenthalt gewährt werden kann.

Das Recht von Migrant:innen auf Grundschulbildung ist auch in den städtischen Institutionen Berns weitgehend anerkannt. Laut der Beratungsstelle für Sans-Papiers ist das Recht gut verankert: Die Behörden haben verinnerlicht, dass “der Zugang für jedes Kind möglich sein muss”, so eine Mitarbeiterin - auch der Zugang zum Vorschulunterricht außerhalb der Schule.

Die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung liegt kaum in den Händen der Kommunen. Die Zivilgesellschaft und Wohltätigkeitsorganisationen spielen hier eine größere Rolle. So werden Migrant:innen ohne Papiere unter anderem vom Gesundheitszentrum für Sans-Papiers (das vom Schweizerischen Roten Kreuz betrieben wird) und der Beratungsstelle für Sans-Papiers dabei unterstützt, eine Krankenversicherung zu erhalten und Prämienverbilligungen in Anspruch zu nehmen. Das Gesundheitszentrum für Sans-Papiers bietet eine medizinische Grundversorgung an und stützt sich dabei auf ein breites Netz von Ärzt:innen, die als Freiwillige tätig sind.

## Eine dichte zivilgesellschaftliche Infrastruktur

Insgesamt gibt es in Bern viele zivilgesellschaftliche Organisationen, NGOs und Initiativen, die für und mit Menschen mit prekärem/keinem Aufenthaltsstatus arbeiten und sich engagieren. Zu den Schwerpunkten gehören Rechtsberatung, Bildung, Unterkunft, Sprachkurse, kostenloses Mittagessen, Gesundheit und Hilfe für Opfer von häuslicher Gewalt. Zivilgesellschaftliche Organisationen fungieren außerdem als Scharnier zwischen undokumentierten Migrant:innen und städtischen Institutionen, sagt Sarah Schilliger, Soziologin an der Universität Bern. So ist eine etablierte Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und der Stadt entstanden. Der Leiter des EMF, Alexander Ott, sagt: “Wir haben hier eine andere Kultur als an anderen Orten. Ich denke, das hat auch damit zu tun, dass die Behörden hier ein Gesicht haben und ein Vertrauensverhältnis zu verschiedenen Akteuren aufgebaut haben.”

Viele dieser Organisationen arbeiten in unterschiedlichem Maße mit der Stadt zusammen und erhalten manchmal auch finanzielle Mittel. In einigen Gebieten erweist es sich als erfolgreich, dass einige soziale Dienste für illegalisierte Migrant:innen von Nichtregierungsorganisationen übernommen werden, die einerseits keine Meldepflichten gegenüber den nationalen Migrationsbehörden haben und andererseits bei den Sans-Papiers ein größeres Vertrauen genießen, sagt Schilliger.

Dass Bern die Bedeutung dieser zivilgesellschaftlichen Infrastruktur anerkennt, zeigt sich zum Beispiel im “Integrationspreis” und im “Sozialpreis”, mit denen die Stadt diese Arbeit würdigt. Im Jahr 2013 ging der Integrationspreis an die **Beratungsstelle für Sans-Papiers**. 2017 ging der Integrationspreis der Stadt Bern an die **“Autonome Schule denk:mal”** mit ihren vielfältigen Angeboten wie Sprachkursen für Sans-Papiers, ein weiterer Preis ging an die Freiwilligen Ziegler und Viktoria für ihr

Engagement für eine gelebte Willkommenskultur. Der Sozialpreis 2020 ging an **“Medina - Mobiles Gemeinschaftszentrum”** für die soziale Unterstützung von Migrant:innen ohne oder mit prekärem Status, insbesondere während der Covid-19-Pandemie.

Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und verschiedenen Akteur:innen der Zivilgesellschaft (einschließlich der Kirchen) zeigte sich auch während der Corona-Krise, als sie eine Corona-Überbrückungshilfe für Sans-Papiers mit Einkommensverlusten aufbauten.

### **Weitere wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen sind:**

- ◆ **“Wir sind alle Bern”** - Plattform, die sich für eine solidarische Stadt Bern einsetzt, in der Vielfalt und Migration als gesellschaftliche Realität anerkannt werden und die auch die “City Card” fördert
  - ◆ **“Solidarity City Mapping”** arbeitet an einem alternativen Stadtführer der solidarischen Strukturen, der mit der City Card verknüpft werden könnte.
- ◆ **Rotes Kreuz** - Gesundheitsversorgung für Sans-Papiers
- ◆ **Netzwerk der Solidarität**
- ◆ **Migrant Solidarity Network MSN**
- ◆ **Augen auf Bern**

## **3. Ausgewählte lokale Ansätze zur Migrations- und Integrationspolitik**

---

### **3.1. Digitale City-ID**

Nach jahrelangen Vorbereitungen für eine Bern City Card for Urban Citizenship für Menschen ohne Papiere haben strikte Sparmaßnahmen die Einführung aller neuen Projekte verunmöglicht. Doch die Stadtverwaltung will aus der Not eine Tugend machen – die City Card soll nun zusammen mit dem ohnehin geplanten digitalen Identitätsnachweises für alle Berner:innen kommen.

Die Beratungsstelle für Sans-Papiers geht davon aus, dass in der Stadt Bern rund 1.100 Menschen ohne Papiere leben. Die Beratungsstelle unterteilt diese in primäre Sans-Papiers, die noch nie eine Aufenthaltsbewilligung hatten (z.B. bei irregulärer oder touristischer Einreise), und sekundäre: Diese hatten zuvor eine gültige Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz, z.B. als Asylsuchende, und sind den Migrationsbehörden daher teilweise bekannt.

Initiiert durch das zivilgesellschaftliche Kollektiv “Wir alle sind Bern” und die Beratungsstelle für Sans-Papiers in Bern, später auch innerhalb der rot-grün regierten Parteien in Bern, wird seit 2016 über die Einführung einer City Card diskutiert, um den Sans-Papiers die Einbürgerung in die Stadt zu erleichtern.

Der Gemeinderat hat dieses Anliegen aufgegriffen und die Prüfung einer City Card im “Schwerpunkteplan Integration 2018–2021”<sup>1</sup> festgeschrieben: Die Stadt beteiligt sich an der Debatte über das Konzept der ‘Stadtbürgerschaft’ und strebt die Einführung einer City Card an, um die Teilhabe aller Einwohner:innen zu fördern.

“Wie überall in der Schweiz leben auch in Bern Migrantinnen und Migranten ohne Papiere in ständiger Angst, entdeckt und abgeschoben zu werden. Ihre prekäre Aufenthalts- und Arbeitssituation setzt diese Bevölkerungsgruppe unter großen Druck. Innerhalb der Verwaltung versuchen wir daher, unseren Handlungsspielraum zu nutzen”, sagt die zuständige grüne Stadträtin Franziska Teuscher.

## Eine City Card für alle Einwohner:innen

Eine übergreifende Arbeitsgruppe hat mögliche Anwendungen geprüft. Sie kam zum Schluss, dass die City Card für Bern eine Chance sei, sich als “solidarische und weltoffene Stadt” zu zeigen, einen “Identitätsnachweis für alle” zu bieten und den Zugang zu Dienstleistungen und damit Partizipationsmöglichkeiten zu erleichtern.<sup>2</sup>

Mit dem Ausweis könne jede:r “zeigen, dass ihr Lebensmittelpunkt in der Stadt Bern liegt und man sich der Stadt Bern zugehörig fühlt – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus usw.”, so Stadträtin Teuscher. Der Ausweis soll auch so gestaltet sein, dass Migrant:innen ohne Papiere “keine Angst mehr haben müssen, wichtige Dienstleistungen zu nutzen. Es ist also eine Abwägung zwischen symbolischen und realen Verbesserungen notwendig”.

Der Stadtrat gab daraufhin eine Vorstudie in Auftrag, um offene Punkte vertieft zu prüfen – etwa den möglichen konkreten Nutzen des Ausweises für Sans-Papiers, eine mögliche Verknüpfung mit dem “Swisspass”<sup>3</sup> im öffentlichen Verkehr oder offene Rechtsfragen. Dabei stützte sich der Rat auch auf eine von der Stadt Zürich in Auftrag gegebene juristische Studie.<sup>4</sup>

Im Oktober 2020 wurde eine extern erstellte Vorstudie an das Kompetenzzentrum für Integration in Bern geschickt. Der Stadtrat plant nun die Einführung einer City Card. Die entscheidende Debatte im Stadtrat und im Stadtparlament ist für Herbst/Winter 2021/2022 vorgesehen.

## Ein kluger Schachzug: Die Digitalisierung der City Card

Nach einem massiven Steuereinbruch im Jahr 2019 und Verlusten im Jahr 2020 beschloss der Stadtrat ein Sparpaket:<sup>5</sup> Geplante Investitionen sollten reduziert werden und es sollte keine neuen Projekte mehr geben. Davon waren auch die Pläne für eine City Card betroffen. Als Reak-

<sup>1</sup> <https://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/fachstelle-fuer-migrations-und-rassismusfragen/schwerpunkteplan-integrationspolitik/downloads/schwerpunkteplan-webversion.pdf/view>

<sup>2</sup> Urban Citizenship und City Card, Dokumentation des “Migration Exchange Meeting” am 6. Dezember 2018

<sup>3</sup> <https://www.swisspass.ch/home>

<sup>4</sup> <https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/integrationsfoerderung/integrationsthemen/sans-papiers.html>

<sup>5</sup> <https://www.derbund.ch/die-stadt-bern-praesentiert-ihre-sparplaene-313274874139>

tion darauf plant der Stadtrat nun aber, die City Card in die bereits beschlossene – und weitgehend finanzierte – Digitalisierungsstrategie<sup>6</sup> einzubinden.

Anstelle einer Plastikkarte soll die City Card nun in eine Smartphone-App in Form eines QR-Codes integriert werden. Sie soll nicht wie die Zürcher City Card ausschließlich für Migrant:innen ohne Papiere sein, sondern ein regulärer digitaler Ausweis für alle Bürger:innen gleichermaßen. Geplant ist, dass wahrscheinlich eine NGO die City Card für Sans-Papiers ausstellt, sofern diese glaubhaft nachweisen, dass sie in der Stadt leben. Auf diese Weise müsste sich das Zentrum nicht an die Behörden wenden.

Bereits jetzt steht fest, dass die City Card allerdings nicht den Aufenthalt von Migrant:innen sichern kann – denn Bern hat als Gemeinde zwar ein eigenes Migrationsamt, aber keine eigene Polizei. Die Stadt kann also die Kantonspolizei nicht anweisen, die City Card bei Kontrollen als Identitätsnachweis zu akzeptieren. Und der Bund hat zur Zürcher City Card bereits gesagt,<sup>7</sup> dass er nicht bereit ist, die ihm unterstellte Polizei anzuweisen, dies zu tun. Insgesamt ist der Einfluss Berns auf die Polizei gering, da diese entweder kantonale organisiert sind oder zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben Daten zum Aufenthaltsstatus benötigen.

## **Neue Möglichkeiten und Zugang zu Dienstleistungen für Migrant:innen ohne Aufenthaltstitel**

Die City Card würde es Migrant:innen ohne Aufenthaltstitel jedoch ermöglichen, sich bei den städtischen Behörden auszuweisen, ohne Angaben zu ihrem Aufenthaltsstatus machen zu müssen. Sie würde es ihnen auch ermöglichen, ihren Wohnsitz nachzuweisen und den Zugang zu bestimmten kommunalen und privaten Dienstleistungen und Einrichtungen zu erleichtern. Gleichzeitig könnte die City Card dazu beitragen, ihr Vertrauen in den Zugang zu Grundschulen, Kindertagesstätten und Tagesschulen oder anderen kommunalen Dienstleistungen zu stärken. Krankenhäuser und andere Gesundheitsdienste sind nicht im Besitz der Stadt, aber möglicherweise könnte die Einführung der City Card dazu führen, dass sich einzelne Einrichtungen dazu entschließen, die Karte zu akzeptieren und damit auch bestimmte Verwaltungsabläufe zu vereinfachen.

Die Akzeptanz der City Card bei der Anmietung von städtischen Wohnungen wäre denkbar. Wenn sich die Karte mehr und mehr durchsetzt, könnte dies dazu führen, dass auch andere Vermieter:innen, wie z. B. Wohnungsgenossenschaften, die Karte akzeptieren. Ebenso kann die Stadt ihre städtischen Bibliotheken anweisen, die Karte zu akzeptieren. Was die weit verbreiteten Probleme bei der Eröffnung eines Kontos oder eines Handyvertrags betrifft, so könnten, sobald die City Card im öffentlichen Sektor eingeführt ist, bestimmte Banken und Telekommunikationsunternehmen aufgefordert werden, die City Card zu akzeptieren. Insgesamt hat die City Card das Potenzial, Migrant:innen zu befähigen und ihnen Zugang zu kommunalen Dienstleistungen zu gewähren, obwohl viele Einrichtungen wie Schulen oder Kindertagesstätten bereits

<sup>6</sup> <https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/digital-stadt-bern/digitalstrategie>

<sup>7</sup> <https://www.tagesanzeiger.ch/polizei-wird-zuercher-city-card-nicht-ankennen-681983063301>

formell ohne Risiko zugänglich sind. Dennoch zeigt die geringe Anzahl von Personen, die die Anlaufstellen in Fällen von häuslicher/sexueller Gewalt nutzen (ähnlich wenige nutzen Kindertagesstätten), dass sich Migrant:innen ohne Papiere oft nicht trauen, sich an diese Einrichtungen zu wenden. Die City Card kann als Mittel eingesetzt werden, um zu kommunizieren, dass sie legale Rechte haben und dass Dienstleistungen ohne Angst zugänglich sind. Dies kann zu einem Vertrauenszuwachs und damit zu einem Empowerment von Menschen ohne Aufenthaltstitel führen und den niedrigschwelligen Charakter bestimmter Einrichtungen erhöhen.

Auch wenn es in der Stadt eine breite politische Mehrheit für die City Card gibt, ist ein solches Projekt natürlich nicht unumstritten. Die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) ist strikt gegen ein solches Vorhaben. Sie könnte sie in einer Abstimmung nicht verhindern, aber sie könnte ein Referendum ergreifen. Ein solcher Schritt sei aber nicht zu befürchten, sagt die Soziologin Sarah Schilliger: “Die Stadtbevölkerung, die ja die linke Regierung gewählt hat, sollte das Projekt klar bestätigen, dann wird der Streit auch sozial entschieden.”

### 3.2. HEKS-Beratungsstelle MosaiQ

Die Mehrheit der Geflüchteten und Drittstaatler:innen verfügt über berufliche Qualifikationen. In der Schweiz werden diese jedoch oft nicht formal anerkannt. Die weit verbreitete Folge ist Arbeitslosigkeit oder eine Beschäftigung in prekären Verhältnissen unterhalb des Qualifikationsniveaus. Als eine der ersten Schweizer Gemeinden hat Bern 2017 zusammen mit der evangelischen Kirche eine Beratungsstelle eingerichtet, die qualifizierte Migrant:innen auf dem Weg in eine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung unterstützt.

2017 lancierte das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS) die Kampagne “Chancen geben”. Sie richtet sich an ausgebildete Migrant:innen, deren Berufsabschlüsse oder Fähigkeiten in der Schweiz nicht anerkannt werden. Schweizweit gibt es rund 50.000 solcher Migrant:innen aus Ländern außerhalb der EU/EFTA, die trotz Berufsdiplomen oder akademischen Abschlüssen aus ihren Heimatländern oder einfach als erfahrene Fachkräfte entweder arbeitslos sind oder in Jobs arbeiten, für die sie deutlich überqualifiziert sind.

Die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung weist darauf hin, dass immer mehr Berufe in der Schweiz reglementiert werden<sup>8</sup> – d.h. nur Inhaber:innen von anerkannten Abschlüssen dürfen arbeiten – was den Zugang zu diesen Berufen für Ausländer:innen erschwert. Für potenzielle Arbeitgeber:innen ist es schwierig, ausländische Qualifikationen zu beurteilen, und ausländische Diplome entsprechen möglicherweise nicht den formalen Schweizer Standards.

Im August 2017, zeitgleich mit dem Start der landesweiten Kampagne, wurde in Bern die Fachstelle MosaiQ<sup>9</sup> als gemeinsames Projekt der HEKS-Regionalstelle Bern und des Kompetenzzentrums Arbeit der Stadt Bern lanciert. Sie bietet seither Beratung, Unterstützung und Vermittlung für qualifizierte Migrant:innen an.

<sup>8</sup> <https://www.20min.ch/story/sind-die-huerden-fuer-migranten-zu-hoch-751634563653>

<sup>9</sup> [https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/neue-fachstelle-fuer-qualifizierte-migrantinnen-und-migranten?searchterm=mosaiq](https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/neue-fachstelle-fuer-qualifizierte-migrantinnen-und-migranten?searchterm=mosaiq)

## Unterstützung von Migrant:innen mit beruflichen Qualifikationen

Die Stadt wies darauf hin, dass die Mehrheit der Migrant:innen in der Schweiz einen Berufs- oder Hochschulabschluss hat, diese Gruppe aber am stärksten von Arbeitslosigkeit und Überqualifizierung betroffen ist. Von den 46.000 Menschen, die im Kanton Bern von Sozialhilfe leben, sind 40 Prozent im Ausland geboren. MosaiQ Bern soll qualifizierte Migrant:innen dabei unterstützen, ihre Fähigkeiten in den Schweizer Arbeitsmarkt einzubringen.

MosaiQ steht qualifizierten Migrant:innen im Alter zwischen 25 und 55 Jahren mit Wohnsitz im Kanton Bern offen. Es bietet ihnen Hilfe bei der Anerkennung von Diplomen und beim Nachholen von Ausbildungen an – nämlich dann, wenn festgestellt wird, dass die Ausbildung in ihrem Heimatland nicht die in der Schweiz geforderten Elemente enthielt. Darüber hinaus vermittelt die Fachstelle Praktika, Lehrstellen und Erstanstellungen und bietet “Coaching on the job” für eine nachhaltige berufliche Integration. Auch Migrant:innen, die über keinen formalen Abschluss, aber über langjährige Berufserfahrung in ihrem Herkunftsland verfügen, können die Dienstleistung in Anspruch nehmen. Dazu gehören anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, sowie Personen, die durch Familienzusammenführung in die Schweiz gekommen sind.

## 4. Interessenvertretung und Vernetzung

*Lokale Netzwerke der Zivilgesellschaft sowie linke Lokalpolitiker:innen sorgen seit Jahren dafür, dass sich Bern – zusammen mit anderen Schweizer Städten – aktiv für die Aufnahme von Geflüchteten einsetzt.*

Als 2016 die Zahl der Geflüchteten in der Schweiz anstieg, beschloss der Berner Stadtrat, dass die Stadt nicht nur die ihr zugewiesenen Asylsuchenden aufnehmen sollte, sondern auch freiwillig weitere 350. Die Geflüchteten sollten direkt aus Lagern am Mittelmeer einreisen dürfen. Der Antrag, der mit 42 zu 17 Stimmen angenommen wurde, erinnerte an ähnliche Aktionen der Städte Zürich und Barcelona.<sup>10</sup> Die Stadtregierung erklärte, sie werde “in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen” prüfen, wie Bern Geflüchtete direkt aufnehmen könne.<sup>11</sup>

### Beitritt zu ‘Solidarity Cities’

2018 beschloss der Stadtrat, sich der Initiative “Solidarity Cities” des Städtenetzwerks EURO CITIES anzuschließen. “Die Städte sind die Hauptakteure in der aktuellen Flüchtlingskrise – schätzungsweise zwei Drittel aller Menschen, die heute auf der Flucht sind, halten sich in Städten auf”, erklärte der Rat<sup>12</sup>. Einige Wochen später beschloss der Stadtrat, die Kampagne des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) “Cities alongside Refugees #WithRefugees” zu unterstützen<sup>13</sup>.

<sup>10</sup> <https://www.bernerzeitung.ch/region/bern/350-weitere-fluechtlinge-fuer-bern/story/17834875>

<sup>11</sup> <https://www.bernerzeitung.ch/region/bern/350-weitere-fluechtlinge-fuer-bern/story/17834875>

<sup>12</sup> [https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/stadt-bern-will-sich-solidarity-cities-initiative-anschiessen?searchterm=solidarity](https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/stadt-bern-will-sich-solidarity-cities-initiative-anschiessen?searchterm=solidarity)

<sup>13</sup> [https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/gemeinderat-unterstuetzt-unhcr-kampagne-withrefugees?searchterm=f%C3%BCchtlinge](https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/gemeinderat-unterstuetzt-unhcr-kampagne-withrefugees?searchterm=f%C3%BCchtlinge)

## Moria: #evakuierenJETZT

Im März 2020 wandten sich 50.000 Menschen in der Schweiz mit dem Aufruf “#evakuierenJETZT” an die Bundesregierung und forderten, dass “möglichst viele Flüchtlinge aus der Ägäis in die Schweiz gebracht werden”<sup>14</sup>. “Zu den Erstunterzeichner:innen gehörten zwei Mitglieder der Berner Stadtregierung: Stadtpräsident Alec von Graffenried und Bildungs-, Sozial- und Sportdirektorin Franziska Teuscher<sup>15</sup>. Die acht größten Schweizer Städte, darunter Bern, wandten sich im Juni 2020 direkt an die Bundesregierung<sup>16</sup> – jedoch leider ohne Erfolg. Als das Lager Moria im September 2020 brannte, erklärte die Berner Stadtregierung ihre Absicht, 20 Geflüchtete aus Moria direkt in Bern aufzunehmen – wie auch andere Schweizer Städte – und forderte die Bundesbehörden auf, über die bestehenden Verpflichtungen hinaus weitere Geflüchtete aus Moria in der Schweiz aufzunehmen.<sup>17 18</sup>

Im November 2020 beschloss das Stadtparlament, dass die Stadt Bern nicht 20, sondern 500 Geflüchtete aus Moria aufnehmen würde<sup>19</sup>. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und Stadträtin Franziska Teuscher sagte, Bern werde sich beim Bund weiterhin für die sofortige Aufnahme weiterer Geflüchteter einsetzen. Neun weitere Großstädte haben sich ebenfalls dazu verpflichtet.

Im Januar 2021 gab Teuscher beim Solidaritäts-Städtenetzwerk Eurocities eine Stellungnahme ab und wies darauf hin:

**“In der Flüchtlingskrise tragen die Städte eine besondere Verantwortung: Zwei Drittel aller Flüchtlinge leben in Städten – hier in Europa, aber auch in Städten in Krisenregionen. Als Stadt der Solidarität und Offenheit will die Stadt Bern dieser Verantwortung gerecht werden.”<sup>20</sup>**

<sup>14</sup> <https://evakuieren-jetzt.ch/>

<sup>15</sup> <https://evakuieren-jetzt.ch/erstunterzeichnerinnen/>

<sup>16</sup> <https://www.bernerzeitung.ch/teuscher-macht-druck-auf-den-bundesrat-992481817444>

<sup>17</sup> [https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/stadt-bern-will-fluechtlinge-aus-moria-aufnehmen](https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/stadt-bern-will-fluechtlinge-aus-moria-aufnehmen)

<sup>18</sup> <https://www.bernerzeitung.ch/teuscher-macht-druck-auf-den-bundesrat-992481817444>

<sup>19</sup> <https://www.bernerzeitung.ch/bern-soll-500-fluechtlingen-aus-moria-aufnehmen-939599843134>

<sup>20</sup> <https://solidaritycities.eu/testimonials/113-executive-council-of-bern-franziska-teuscher-on-solidarity-cities>

## 5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

---

- ◆ Im Oktober 2022 hat der Berner Gemeinderat die Finanzierung in Höhe von 120.000 Franken für die Konzipierung einer City Card bewilligt<sup>21</sup> und treibt damit die Einführung einer digitalen City Card für alle Bewohner:innen der Stadt weiter voran.<sup>22</sup> Bis Ende 2023 soll das Umsetzungskonzept der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen inklusive Zeitrahmen, Kostenplan, technischen Lösungen und Funktionen der Karte vorliegen.
- ◆ Die soziologische **Vorstudie** und das Rechtsgutachten zur Bern City Card aus dem Jahr 2020/21 dient schon jetzt als Orientierung für die Einführung kommunaler Identitätsausweise in anderen Städten: beispielsweise wird sie aktuell bei der Prüfung zur Einführung einer Berlin City ID Card herangezogen.
- ◆ Der Sozialpreis, mit dem die Stadt Bern jährlich engagierte Freiwilligenprojekte auszeichnet, ging im Jahr 2021 an das **'Solidaritätsnetz Bern'**<sup>23</sup>, eine Anlaufstelle für Migrant:innen in Notsituationen, die Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus kostenlos Rechts- und Sozialberatung anbietet.
- ◆ Zum Jahresbeginn 2023 startete die Stadt Bern ein einjähriges Pilotprojekt zur 'Überbrückungshilfe' in Form von niederschweligen, finanziellen Hilfen für armutsbetroffene Menschen – auch für Migrant:innen mit und ohne legalisierten Aufenthaltsstatus.<sup>24</sup>

<sup>21</sup> [https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/gemeinderat-spricht-projektierungskredit-fuer-city-card-bern?searchterm=City%20Card](https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/gemeinderat-spricht-projektierungskredit-fuer-city-card-bern?searchterm=City%20Card)

<sup>22</sup> [https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/schwerpunkteplan-migration-und-rassismus-verabschiedet?searchterm=Migration%20und%20Rassismus](https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/schwerpunkteplan-migration-und-rassismus-verabschiedet?searchterm=Migration%20und%20Rassismus)

<sup>23</sup> <https://www.bern.ch/themen/gesundheit-alter-und-soziales/soziales-engagement/berner-sozialpreis-freiwillig-engagiert/gewinner-gewinnerinnen-berner-sozialpreis-2021>

<sup>24</sup> [https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/ueberbrueckungshilfe-stadt-bern-startet-pilotprojekt](https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/ueberbrueckungshilfe-stadt-bern-startet-pilotprojekt)

---

**Moving Cities** bietet eine eingehende Untersuchung der Strategien von solidarischen Städte aus Europa und erforscht ihre inspirierendsten und erfolgreichsten Ansätze für eine fortschrittliche Migrationspolitik. Weitere Städteberichte auf: [www.moving-cities.eu](http://www.moving-cities.eu)

Mehr über das Projekt und seine Finanzierung auf der Website: <https://moving-cities.eu/about>

---